

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

223 (25.9.1929) Badische Kultur und Geschichte Nr. 39

Badische Kultur und Geschichte

Der Trompeter von Säckingen

(Zum 75. Gedentage der Erstausgabe)
Von Willi Veils

Im Jahre 1854 erschien Scheffels fröhlicher Sang vom Oberheim „Der Trompeter von Säckingen“, der sich so rasch einen großen Leserkreis eroberte, daß bis zum Tode des Dichters 140 Auflagen erscheinen konnten und heute noch Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist zahlreiche Ausgaben fremdige Leser finden.

Am 30. Dezember 1849 betrat der Rechtspraktikant Scheffel die Amtsstadt Säckingen, die durch ihn bekannt und berühmt geworden ist. Eine Gedenktafel kündigt dem Fremden, daß der Dichter des „Trompeter“ hier von 1850 bis 1852 gewohnt hat. Auf Schritt und Tritt zeigt sich hier, daß Scheffel der Genius loci geworden ist. Neben mehreren Ortsbezeichnungen, die den Namen des Dichters tragen, steht vor der Kirche das Erstgebäude des Trompeters, und an der Kirchenmauer ist der Grabstein des Werner Kirchhofer und der Margarete von Schönau angebracht. Von weitem grüßen die beiden Türme der Kirche des hl. Fridolin.

In den „Säckinger Episteln“ hat Scheffel eingehend von seinem Aufenthalt in Säckingen erzählt und manches Motiv gebracht, das in seiner Dichtung widerklingt. So berichtet er von der feierlichen Projektion am Fridolinsfest, die er als erregendes Moment im „Trompeter“ verwendet, von dem musikalischen Bürgermeister und von dem Wirt zum Knapf. Raunisch schildert er das Amtshaus, die Stätte seiner Tätigkeit: „Seitab vom Marktplatz in Säckingen, von der Kirche weg nach dem Rhein hin, steht eine Reihe hochgiebliger alter Gebäude mit spitzbogigen Türen, vergitterten Fenstern usw. In diesen haust der Staat, das heißt: das Amtsvorort, die Bezirksforsterei und das Bezirksamt. Das stattlichste der Gebäude, ein dreistöckiges Haus, ist das Amtshaus. Durch eine alte Bogentüre tritt man ein in die Vorhalle, die, mit Gewölbefestungen versehen und auf zwei Säulen ruhend, den Weg nach den verschiedenen Amtsstuben eröffnet. Wir gehen aber noch nicht so schnell weiter, sondern verweilen eine Zeitlang bei den sinnigen Inschriften der Halle. Einige charakteristische führt Scheffel an: „Wenn doch nur ein heiliges Kreuzdonnerwetter das ganze Amtshaus verschlänge!“ — „Allmächtiger Vater, schenk doch den Amtsherren einen besseren Verstand, daß sie die bürgerliche Rechtspflege besser führen!“ — „Eine Republik wär' halt doch das allerbeste!“ Obwohl die amtliche Tätigkeit den jungen Scheffel nicht zu sehr in Anspruch nahm und er reichlich Zeit fand, mit den Frauensteinern zu knipsen, hielt er das „furchtbar lederne ewige Papierverzeichnen und Aktenjafselanlegen“ auf die Dauer nicht aus. Überzeugt, daß in ihm ein Maler stecke (wie so mancher andere deutsche Poet!), reiste Scheffel Ende 1852 nach Italien, um dort Maler zu werden. Bald schon kam ihm sein Firtum zu Bewußtsein, und im Kreise seiner römischen Freunde wurde dem glänzenden Erzähler die Aufforderung, den Pinsel wegzulegen und die Feder zu ergreifen. Und so schrieb Scheffel im Frühjahr 1853 auf Capri seinen „Trompeter von Säckingen“.

Im leichtesten Spielmannston, in lockerer Komposition, in epischer Breite, oft absehwiegend in behaglichem Klaunderston, erzählt der Dichter die Geschichte der Liebe zwischen jung Werner und dem Freiräulein Margareta. Von Waldesromantik, Heimatliebe und Naturbegeisterung kündigt gleich das erste Stück: „Wie jung Werner in den Schwarzwald einreitet“. In echter Spielmannsromantik wird die Gestalt Werners eingeführt. Sein freundliches Gegenstück ist der Landpfarrer, dem der Dichter mit besonderer Liebe einen Kranz windet. Er ist ein Mann des praktischen Christentums. Theologische Bücherweisheit und Spitzfindigkeiten sind ihm fremd: „Spinneweb lag auf seinen Büchern, und zu zweifeln steht, ob aus dem Schwarm des theologischen Saders er nur eine Schrift gelesen“. Dafür aber steht sein Herz allen Nöten seiner Pfarrkinder in edler Menschlichkeit offen. Bereits hier hat das Trompetenblasen seine besondere Bedeutung; es führt die beiden Männer zusammen. Der Besuch im Pfarrhaus bringt dann die Lebensgeschichte jung Werners, die zum großen Teil Scheffels eigene ist. Zum Preis des so sehr geliebten Heidelberg singt er sein berühmtes Lied „Mit Heidelberg, du feine“; es ist eine besondere Tragik, daß Scheffels letztes Gedicht, sein Festlied zum Jubiläum der Heidelberger Universität von 1886, in diesen Vers ausklingt. Es ist die Marier Heines, wie wir sie vor allem aus dessen Versen (besonders „Atta Troll“) kennen, die uns deutlich in diesen ersten Gesängen schon entgegentritt. Typisch schon für den Sieben- und zwanzigjährigen ist das über die ganze Dichtung verstreute Lob des Weines. Sein engen Anschlag an den wirklichen Vorgang, wie ihn die 5. Säckinger Epistel schildert, ist die Darstellung der Projektion am Fridolinsfest; geschichtliche Erinnerungen, die eingeflochten sind, bezeugen Scheffels Vorliebe am Altertümlichen. Hier wird der Knoten der Erzählung geknüpft: jung Werner sieht Margareta, und die Liebe auf den ersten Blick ist da: „Den Mann hat's!“ Auch der Ausgang des Festes, den das 4. Stück bringt, weist auf die erwähnte Epistel. In

starkem Gegensatz dazu steht der größere Teil dieses Stückes, der in seiner poetischer Reflexion den echten Dichter zeigt; dieser Teil ist vielleicht das Beste der ganzen Dichtung. Im 5. Gesang führt uns der Dichter auf das Schloß des alten, gichtgeplagten Freiherrn, des Vaters Margareten, und führt in deutlicher Anlehnung an E. L. A. Hoffmanns Vater Rurr und Heines „Atta Troll“ den reflektierenden Vater Hiddigeigei ein. Da hört der Freiherr das Blasen Werners, das wieder als Anknüpfungsmotiv verbandt ist. Er läßt ihn holen und stellt ihn in sein Orchester ein. Nach dem Vorbild von Kinkels Epos „Otto der Schütz“, aber dieses bedeutend übertreffend, ist der „Antritt zum Bergsee“ gehalten.

Den Höhepunkt humoristischer Charakterisierung stellt „Das Konzert im Pavillon“ dar. Brachtroll ist die Gestalt des Freskenmalers Studribus, der nach Buffalmacos Technik malt. Köstlich ist die Schilderung seiner Gemälde; köstlich die Charakterisierung des Orchesters. Nach einem mißglückten Versuch Margareten, auf der Trompete zu blasen, der den weissen Hiddigeigei zu tief-sinnigem Vergleich über die von den Menschen so geschätzte Kagenmusik anregt, wird Werner der eifrige Lehrer der Geliebten. Nach dem romantischen Intermezzo „Jung Werner in der Erdmannshöhle“ leitet der „Hauensteiner Rummel“, bei dem der tapfere Werner verwundet wird, zum Höhepunkt der Dichtung: zum Geständnis der Liebe. Unarmherzig durchkreuzt das starre Gesetz der Standesgleichheit die Werbung des bürgerlichen Trompeters um die adlige Geliebte. In bitterer Wehmut verläßt Werner das Schloß. Nun kündigt „Das Büchlein der Lieder“ von Lieben und Scheiden, von Betrachtungen des Vaters über Menschenart, von Lebenserfahrungen des stillen Mannes, von Margareten's Sehnen und von Werners Fahrt ins Welschland. Eines dieser Lieder, nicht das beste, ist, vor allem durch die schmachtende Melodie, volkstümlich geworden: „Das ist im Leben häßlich eingerichtet“. Ein etwas gesuchter Ausgang bringt die Vereinigung der Liebenden durch die Hand des Papstes; doch glaubte Scheffel (wie Kleist im „Räthchen“) den bürgerlichen Werner erst adeln zu müssen.

Man spürt deutlich die Vaterschaft Heines, Kinkels und nicht zuletzt Wilhelm Hauffs, dessen „Nichtenstein“ dieselben Requisiten aufweist wie der „Trompeter“. Das Hineinsetzen autobiographischer Momente weist auf Heines „Atta Troll“, ebenfalls die Betrachtungen Hiddigeigeis (neben Hoffmanns Vater Rurr). Auch die Sprache hat in ihren witzigen Wendungen vieles mit Heine gemeinsam. Dem „Atta Troll“ ist auch die Versform entnommen. Wörtlich wie Heine gibt Scheffel dieses Versmaß an: so heißt es in der Zueignung „In vierfüßige Trochäen Angefesselt liegen jezo“ und im „Atta Troll“, cap. XXIV „Auf vierfüßigen Trochäen Ueber diese Erde stelen“. Auf Sprache und Vers legt Scheffel wenig Wert; die Verse sind stellenweise unglücklich nachlässig; der Apostroph ist unentbehrlich (gleich auf den ersten Seiten findet man mehrfach denselben Anfang „s war...“). Köstlich hat Mauthner diese Art parodiert: „ktober war's und gutes Weimjahr“. Stark klingt bereits hier Scheffels Vorliebe für altertümliche Wendungen an; im „Eckehard“ handhabt er dann diese Art in verfeinerter Form meisterhaft. Köstlich ist der Humor, der schon hier die typische Färbung aufweist.

Mag auch Scheffels Sang keine Originaldichtung von hohem Wert sein, gern aber wird jeder der behaglichen Art des Klaunderstons ohne Kunststrenge folgen. Man spürt die Lust des Dichters am vergnüglichen Sidgeschehen; man fühlt, daß hinter dem Schicksal des Trompeters und Margareten ein liebenswürdiger Mensch steht, der anspruchslos und mit köstlichem Humor zu erzählen weiß. Begreift man so leicht die Beliebtheit, deren sich das fröhlich-minnliche Epos von „Liebe und Trompetenblasen“ immer noch erfreut und auch weiter erfreuen wird, so darf man nicht vergessen, daß diese Dichtung Scheffels eine wertvolle Heimatdichtung von ausgesprochenem Lokalfarbe ist, die er dann selber im „Eckehard“ noch übertrifft.

Ein Universitätsstadion vor 300 Jahren

In diesem Sommer hat die Universität Freiburg mit Hilfe von Stadt und Staat eine Sportanlage fertiggestellt, welche jedem Besucher größte Bewunderung abnötigen wird. Fußball-, Handball-, Hockeyplätze sind darin angelegt worden, eine 400-Meter-Läufbahn mit fünf Bahnen, Gruben für Weit- und Hochsprung, nicht zu vergessen das monumentale Gebäude der Turnhalle mit Lust- und Sonnenbädern. Voll Reiz werden die älteren akademischen Semester den Übungen ihrer glücklichen jüngeren Kommilitonen beiwohnen, welche zu mehreren Hunderten täglich in dem wundervollen Stadion nach geistiger Arbeit ihren Körper in herrlicher Schwarzwaldluft, in schöner landschaftlicher Umgebung durchtrainieren dürfen. Wie armelig waren doch im Vergleich hierzu die Sportmöglichkeiten, welche sich den deutschen Studenten des 19. und noch des beginnenden 20. Jahrhunderts, boten. Ganz ein-

seitig kam die Ausbildung des deutschen Studenten, nach den wenigen Turnstunden in den Mittelschulen, nur dem Fachwissen zu; neben dem „gesunden Geiste“ hielt man es für nebensächlich, dem „gesunden Körper“ die nötige Pflege zu widmen.

Um so mehr überrascht die Feststellung, daß in manchen Hochschulen des 16. und 17. Jahrhunderts die Studenten zu körperlichen Übungen aller Art angehalten wurden, daß ihnen Möglichkeiten zu deren Ausübung gegeben waren, welche direkt Vergleiche mit der jüngsten Förderung der Leibesübungen zulassen. Im Jahre 1589 wurde in Tübingen auf Befehl des Herzogs Ludwig von Württemberg der Bau eines Studienhauses begonnen, welcher „mit großen Kosten erbauet worden, daß darinnen junge Fürsten, Grafen, Edelleute und anderer reiche und ehrliche Kinder um ein billiges Geld ernährt und gehalten werden, wobei die Haushaltung und Aufsicht, was die Stunden und das Leben betrifft, auf das Sorgfältigste angeordnet ist. Der Herzog ließ das Collegium erbauen, um die Universität in florianten Stand zu bringen.“ Diese Fürstenschule sollte also ein Internat für Söhne adliger Häuser sein, welche an den Vorlesungen der Tübinger Universität teilnehmen wollten. Welch großen Wert man auf die körperlichen Übungen der Jünglinge dieser Fürstenschule an der Universität legte, ergibt sich aus den Worten des Reichsfürstlichen Georg Friedrich von Göltnig in seinem „Panegyricum Academiae Tubingensis“ aus dem Jahre 1649. Es heißt hier: „Damit nun auch außer denen Lektionen und Studieren man nicht mäßig bleiben dürfte, hat man eine Reitschule, Fechtplatz, Tanzplatz, Ballhaus, Renn- und Turnierplatz, Schießplatz zur Armbrust und Gewehr und zum Dreifahren der Pferde, zum Wettlaufen, zum Langenbrechen, zum Ringen, zum Ringelrennen und andere Orter zu allen fürstlichen und ritterlichen Exerzitionen angeordnet, und dazu die besten Exerzitenmeister bestellt.“ An anderer Stelle finden wir die poetische Schilderung der Leibesübungen, welche im „Turniergarten“ der Schule (heute würden wir sagen im Stadion) stattfanden.

„Hier ist der Platz,

Wo jeder ruft und droht: Er wolle Sieger sein.
Hier übt der Fechter Schar sich täglich mit Rädieren,
Und führet Dolche bald und bald die Degen ein.
Hier ist ein Gartenplatz, der einem Eden gleicht,
Den ein erquickend Raß mit bunten Pflanzen ziert;
Hier ist des Rhythmus Haus, der die erfindnen Walle,
Wie man erzählt, zuerst mit seinen Händen schlug.
Wer die am besten schlägt, der hat die Oberstelle,
Die der bestegte Teil ihm selbst überbrüg.
Hier ist der Regelplatz, wo man, die Rom erbachte,
Die Kugeln, die von Holz, mit muntern Armen treibt;
Wo den Ballon, den man erst aufgeblassen machte,
Nachdem die Jahre sind, zu schlagen frei verbleibt.
Hier ist auch Castors Schul, darinnen er wohl reiten,
So, wilde Pferde gar nach Regeln gehen lehrt.
Hier suchet man die Schar zur Langkunst anzuleiten,
In deren Adern sich der edle Trieb stets mehrt.
Ein Brontes donnert hier und machet tausend Krachten,
Wenn er im Fener übt und bei den Büchsen steht:
Er zeigt der neuen Schar, wie man es müsse machen,
Daß ein getaner Schuß auf Zweck und Scheibe geht.
Man lehrt der Strythen Kunst und suchet mit den Pfeilen,
Die man der Kunst nachschießt, das vorgelesete Ziel.
Mit Boden, Flinten, Kunst den andern vorzueilen,
Dünkt dem so edlen Trieb wohl keine Müß jubiel.
Man ziehet Sarnisch an, man übt sich in Turnieren
Und machet Leib und Glied durch solche Übung hart.
Dr. A. B.

Zeitschriftenschau

Landfrau und Stadt

Zwischen Stadt und Land bestehen heute noch kleine Gegensätze. Die Stadtfrau ist zornerkfüllt über die hohen Preise der Bäuerin oder über die Schwierigkeit, eine Hiffkraft vom Lande zu erhalten. Die Landfrau ist erbittert über die Abwanderung der Jugend in die Fabriken der Stadt oder über den Luxus. Seitdem aber die großen Aufgaben erkannt sind, die die Landfrau als Frau und Mutter wirtschaftlich und sozial gegenüber Familie und Gesellschaft erfüllt, seitdem die Wohnungsnot, die Ehenot auch auf das Land übergriffen haben, sind innere Brücken geschlagen. Wo die Gemeinschaften liegen, was bis jetzt erreicht wurde und welche großen Aufgaben und Ziele zu verfolgen sind: darüber berichtet das erste Oktoberheft der Kulturzeitschrift „Neue Frauenbildung und Frauentätigkeit“ mit Frau und Gegenwart.

Nicht nur die Tatsache, daß in den ersten Oktobertagen der Bund deutscher Frauenvereine auf seiner großen Tagung in Königsberg die hier aufgeworfenen Fragen bespricht, macht dieses Heft für unsere Frauenwelt besonders wertvoll, sondern das Ereignis, daß diese Zeitschrift, in ihr zweites Vierteljahrshundert eintretend, wiederum in vorbestehender Reihe mit den Vorkämpferinnen der Frauenbewegung steht und immer wieder neue Gedanken und Ziele in die gesamte Frauenwelt trägt. Sie ist wirklich das Organ der Verbindung, das sowohl die Gesamtinteressen unserer Frauen, der Familie und der Jugend vertritt, wie auch praktisch für die persönliche Kleidung und die rationell sachliche Arbeit in Heim und Haus wirkt. Das beweisen auch die vorzüglichen Beiträge dieses neuen Heftes über Herbstmode, zweckmäßige Möbel und Raumbelichtung. Der neue Jahrgang bringt den bedeutamen Roman „Katholische Ehedung“ von Loni Garten-Goende, in dem mit feinem Einfühlungsvermögen die Ehen eines ganzen Freundeskreises geschildert werden. Die Zeitschrift ist durch jede Buchhandlung oder vom Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B., zu beziehen. Probehefte kostenfrei. Vierteljahrsabonnement (6 Hefte) 4,80 RM. Einzelheft 90 Pf.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 39

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 90 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden.

25. September 1929

Der augenblickliche Stand der Beamtenpolitik

Auf dem 10. Westfälischen Beamtenkongress in Münster am 8./9. September vertrat sich als erster Redner Finanzminister Dr. Hüpper-Schöff über die Frage: „Wie sieht die Beamtenpolitik zum Neubau des deutschen Finanzwesens?“ und führte dabei u. a. aus:

Es scheint zunächst, daß von ihr nur Entfaltung und Opfer verlangt werden. Aber es ist Pflicht und Ehre des Beamten, dem Ganzen zu dienen und eine gesunde Volkswirtschaft, die einem jeden Leben und Auskommen gibt, ist erstes Erfordernis. Nur auf der Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft ist die Entwicklung der Volkswirtschaft möglich. Wenn der Beamte seine ganze Kraft für die Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stellt, so trägt er gleichzeitig zur Erhaltung und zum Ausbau der deutschen Kultur bei und dient damit der Gesamtheit.

Zu solcher Gefinnung und Leistung ist freilich nicht jedes Beamtenamt fähig. Es ist die geschichtliche Leistung des preussischen Beamtenamtes, das ursprünglich ein Instrument in der Hand des absoluten Herrschers war, später aber zum Diener am Staatsganzen geworden ist. Seit der Zeit Friedrichs des Großen herrscht dieses System, das durch den Freiherrn von Stein nur insoweit geändert wurde, wie die Minister von da an dem König für die Führung der Geschäfte unmittelbar verantwortlich gemacht wurden. Bis zum Zeitalter Bismarcks ist dann die Bürokratie der eigentliche Herrscher Preußens gewesen, und die großen Leistungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — die Schaffung des deutschen Zollvereins und der Aufbau der preussischen Verwaltung nach den Befreiungskriegen — waren ihr Werk. In seinem Zeitalter trat Bismarck an die Stelle des absoluten Königs. Das Beamtenamt war Instrument seiner Politik, bis in den letzten Jahrzehnten der Monarchie die Führung der Geschäfte wieder bei der Bürokratie lag.

Die Verhältnisse haben sich in der Republik grundlegend geändert. Gehört die Minister früher durchaus zum Beamtenkörper, so gehen sie jetzt regelmäßig nicht daraus hervor, sondern werden nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems berufen. Man darf deshalb von ihnen kein Nachwissen verlangen, aber man muß von ihnen leidenschaftliche Hingabe an die Sache verlangen. Verantwortungsgefühl — auch und gerade gegenüber dem Parlament — und Augenmaß. Solchen Führern wird das geschulte deutsche Beamtenamt seine Kräfte gern zur Verfügung stellen.

Nach der Mittagspause referierte in der geschlossenen Mitgliederversammlung Reichstagsabgeordneter Morath, Berlin, über

den augenblicklichen Stand der Beamtenpolitik, ein Vortrag, in dem so ziemlich alle Fragen von Interesse berührt wurden.

Der Redner führte u. a. aus, daß zu einer vollständigen Darstellung der Entwicklung der Beamtenpolitik bis zu ihrem gegenwärtigen Stande auch eine Kennzeichnung aller Einflüsse gehöre. Es würde nötig sein, die Stellung der Reichsregierung und der Länderregierungen zu kennzeichnen, die öffentliche Meinung zu skizzieren, die Haltung der Wirtschaft und Arbeitergewerkschaften und nicht zuletzt die der politischen Parteien darzustellen. Es könne aber nicht die Aufgabe eines Parlamentariers sein, in einer, Mitglieder aller Parteien umfassenden Organisation eine solche Methode der Darstellung anzuwenden. In dem Verzicht auf eine solche Behandlung des Themas liege kein Nachteil, so sehr sich auch die Führung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bemühe, nachzuweisen, daß die parteipolitische Neutralität des Deutschen Beamtenbundes Unfruchtbarkeit und Einfluslosigkeit bedeute. Es sei Aufgabe des Deutschen Beamtenbundes, für die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtenamtes alle politischen Parteien zu gewinnen und den Nachweis zu führen, daß die Erhaltung des Berufsbeamtenamtes nicht nur im Interesse der Beamten, sondern im Interesse des ganzen deutschen Volkes liege.

Das heutige Thema berge noch eine zweite Schwierigkeit. Sie liege in der Uneinigkeit der Beamtenpolitik. Es handele sich nicht nur um Verschiedenheiten der Auffassungen in den einzelnen Punkten, sondern um scharfe Gegensätze in der eben vorangestellten Grundfrage, in der Stellung des Berufsbeamtenamtes. Gegenüber der überwältigenden Mehrheit der deutschen Beamten, die dieses Berufsbeamtenamt spezifisch deutscher Prägung mit seiner scharfen Auslese, seinen hohen Ansprüchen an Kenntnisse und Leistungen und sittlicher Integrität festhalten und die von den bestehenden Rechten auf Anknüpfung, Alters- und Hinterbliebenenversorgung mit allen daraus resultierenden Rechten nichts preisgeben will, steht eine allerdings noch kleine Minderheit, die für den Ersatz des Berufsbeamtenamtes durch das sogenannte Volksbeamtenamt kämpft. Die „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ schreibt über die Mehrheit der deutschen Beamten: „Sie arbeiten noch mit dem Beamtenbegriff des alten Obrigkeitsstaates, der, wenn auch seine gesetzlichen Grundlagen noch in Geltung sind, im Zusammenbruch begriffen ist.“ Für die Angleichung des Beamtenrechts an das Arbeitsrecht kämpfen seit Jahrzehnten Wissenschaftler wie Heinz Roth und Luz Richter, und leider haben sie in jüngster Zeit unerwarteten Zulauf aus anderen Lagern erhalten. Letzten Endes laufen ja die Bestrebungen, große Teile der Behördenarbeit von Angestellten verrichten zu lassen, auch auf dasselbe Ziel hinaus, wie es die freigeberische Richtung in der Beamtenpolitik hat.

Um so notwendiger ist es für uns, am Berufsbeamtenamt festzuhalten. Unter diesem leitenden Gesichtspunkt sind die gesetzgeberischen Aufgaben auf dem Gebiete der Beamtenpolitik zu betrachten. Der Reichsinnenminister hat im Haushaltsauschuß des Reichstages im Mai d. J. ausgeführt, er hoffe, daß das Jahr 1930 ihm Gelegenheit geben werde, die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Entwurf zu einem Reichsbeamtenengesetz zu befragen. Früher als mit diesem grundlegenden Gesetz werden sich die gesetzgebenden Körperschaften mit der Reichsdienstverordnungsverordnung zu befragen haben. Eine neue Vorlage, in die ein Teil der Wünsche der Organisationen eingearbeitet worden ist, hat das Reichsinnenministerium im Mai dem Kabinett vorgelegt. Sie ist noch nicht verabschiedet. Der Redner beschäftigt sich eingehend mit den Einzelheiten dieses Gesetzesentwurfes und geht dann zum Entwurf eines Beamtenvertretungsgesetzes über. Es ist anzunehmen, daß der Reichsrat noch im Herbst die dritte Lesung dieses Gesetzesentwurfes verabschiedet wird. Die strittige Frage der Zusammenfassung der Wählergruppen wird voraussichtlich nicht im

Gesetz entschieden, sondern in einer Wahlordnung, also im Verordnungswege geregelt werden. In Bezug auf das Mitbestimmungsrecht dürfte sich materiell die neue Vorlage nicht allzusehr von der des Jahres 1921 unterscheiden.

Ob das Unfallfürsorgegesetz, das seit zwei Jahren im Reichsrat vorliegt, in den nächsten Monaten dem Reichstag zugeleitet wird, steht leider dahin. Die Bemühungen des Reichstages um beschleunigte Erledigung müssen auf jeden Fall verstärkt werden.

Ganz ruhen die Arbeiten im Reichsinnenministerium hinsichtlich der Laufbahnrichtlinien. Es scheint so, daß der erste Referentenentwurf in keinem einzigen Ressort Zustimmung gefunden hat. Was an diesem Entwurf vom Standpunkt der Berufsbeamtenpolitik bedenklich erscheint, ist das Bestreben, das Dufibüro zum Legalisieren.

Bekanntlich ruhen auch die Vorarbeiten für die Neuregelung der Amtsbezeichnungen. Der Reichsinnenminister will das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Klage des Reichs gegen Bayern wegen der dort eingeführten Titelverleihungen abwarten.

Einigermaßen dringlich dürfte die Regelung der Verhältnisse der verheirateten weiblichen Beamten sein. Tatsächlich wird auch im Innenministerium der Standpunkt vertreten, daß sofort Verhandlungen mit dem Parlament wegen einer Neuregelung eingeleitet sind. Ebenso dringlich ist die Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartungsbeamten.

Am dringlichsten ist vielleicht eine Aufgabe, die am wenigsten Aussicht auf baldige Erledigung hat, nämlich eine Revision des Besoldungsgesetzes. Noch steht die zweite Lesung der Besoldungsvorschläge aus, und es ist leider so gut wie sicher, daß nicht einmal die unmöglichen Bestimmungen dieser Vorschläge beseitigt werden. Steht es schon mit den im Verordnungswege erlassenen Ausführungsbestimmungen so schlecht, dann ist die Lage noch weit ungünstiger für eine Revision des eigentlichen Gesetzes, und doch ist die Anpassung der reichsrechtlichen Bestimmungen an die Preussens eine unabwendbare Notwendigkeit. Nur darf sich diese Anpassung nicht allein auf die Minister und Ministerialbeamten beschränken; der Reichstag hat dahingehende Vorschläge des Reichsfinanzministers abgelehnt und wird sie auch zweifellos wiederum ablehnen, wenn ein neuer Versuch gemacht würde.

Zusammenfassend stellte der Redner fest, daß ein Beamtenpolitik im Geiste des Bestehens am Berufsbeamtenamt nicht nur die billigste Verwaltung des Staates darstelle, sondern auch die beste Gewähr für eine sachliche und unparteiische Ausführung der Gesetze biete. Die Aufgabe der Beamtenorganisationen sei es, alle Schichten der Bevölkerung und alle politischen Parteien davon zu überzeugen, daß die Erhaltung des Berufsbeamtenamtes im Interesse des ganzen Volkes liege.

Weitergewährung der Trennungsschädigung

an Versorgungsanwärter nach planmäßiger Anstellung

Ein Schreiben des Reichswehrministers

Bisher wurde den Versorgungsanwärtern, die bei Behörden angestellt und zur Führung eines doppelten Haushalts gezwungen sind, die Trennungsschädigung vom Reichsarbeitsministerium gewährt, wenn die Angestelltenbehörde eine Entschädigung hierfür nicht zahlte. Vom Tage der Anstellung als „planmäßiger Beamter“ wurde diese Zahlung jedoch eingestellt, auch wenn die Trennung von der Familie unverändert bestehen blieb. Weigerte sich die anstellende Behörde auch dann noch, die Trennungsschädigung zu zahlen, war der Versorgungsanwärter der Not preisgegeben. In einem Sonderfall, den der Abgeordnete Steinlopf bei den Reichstagsverhandlungen geschildert hat und in dem zunächst kein Ressort zuständig sein wollte, ist jetzt folgender dementsprechender Bescheid des Reichswehrministers ergangen:

„Im Anschluß an mein Schreiben vom 20. Juni 1929 beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß der Herr Reichsfinanzminister meinem Vorschlag, die Entschädigung für Führung eines getrennten Haushaltes den Versorgungsanwärtern auch dann zu gewähren, wenn die betreffenden bereits eine Anstellung als Beamter gefunden haben, zugestimmt hat. Dem beim Rat der Stadt R. planmäßig angestellten Verwaltungsassistenten-Versorgungsanwärtern wird nunmehr die Trennungsschädigung vom Versorgungsamt R. umgehend gezahlt werden.“

Vereinigung von höheren technischen Reichsbahnbeamten e. V.

Sechste wissenschaftliche Jahrestagung vom 26. bis 29. September 1929 in Karlsruhe

Sämtliche Vorträge finden statt im Großen Hörsaal des Maschinenbaugewerksverbandes der Technischen Hochschule Friederician (Kaiserstraße).

Freitag, den 27. September 1929, 9 Uhr:

1. Begrüßung.
2. Vortrag: „Deutschland im internationalen Reiseverkehr“ (Herr Reichsbahndirektor Baumgarten, Berlin).
3. Vortrag: „Altes und Neues aus dem Gebiete der Zug- und Stohrvorrichtungen für Eisenbahnfahrzeuge“ (Herr Reichsbahndirektor Wiedemann, Berlin).

Sonnabend, den 28. September 1929, 9.30 Uhr:

4. Vortrag: „Tagesfragen aus der heutigen Großkraftversorgung“ (Herr Reichsbahnoberrat Schlemmer, Direktor der Brown, Boveri & Cie., AG., Mannheim).
5. Vortrag: „Neuere Verträge auf dem Gebiete des Eisenbahnüberbaues“ (Herr Professor Dr.-Ing. A. Mann, Karlsruhe).
6. Besichtigungen:

- A. Für Bauingenieure:
 - a) Laboratorium für Eisenbahn- und Straßenbau (Professor Dr.-Ing. Ammann);
 - b) Flugbaulaboratorium (Geheimrat Professor Dr.-Ing. Rehbod).
- B. Für Maschinen- und Elektroingenieure:
 - a) Hochspannungslaboratorium (Professor Dr.-Ing. Thoma);
 - b) Laboratorium für Kraftwagenbau (Professor Dr.-Ing. Kluge).
- C. Für alle Teilnehmer:
Verkehrsmuseum der Technischen Hochschule.

Eine Denkschrift zur Justizreform

Auf die Möglichkeit, eine Entlastung der Richter in verschiedenen Gebieten ihres Aufgabenteiles herbeizuführen, weisen Reformvorschläge des Bundes Deutscher Justizamtänner hin, die jedoch im Selbstverlage des Bundes (Berlin O 27, Wallnertheaterstraße 28 — Preis broschüriert 2 M.) erschienen sind. Sie haben eine weitgehende Befreiung des Richters von allen solchen Arbeiten zum Ziele, die mit der eigentlichen Rechtsprechung nichts zu tun haben. Auf Grund der guten Erfahrungen, die mit dem Reichsgericht zur Entlastung der Gerichte vom 11. März 1921 in achtjähriger Erprobung gemacht sind (allein in Preußen konnten dadurch 800 Richter erspart werden), bringt die erwähnte Denkschrift eine Ausdehnung dieses Gesetzes auf eine größere Zahl von Richtergerichten des Zivilprozess-, Konkurs- und Strafprozessverfahrens in Vorschlag. Es wird hier der Weg gewiesen, wie möglichst schnell — ohne auf die Durchführung der mehrfach angekündigten, aber in den nächsten fünf Jahren schwerlich erreichbaren großen Justizreform zu warten — eine Befreiung des Richters von solchen Arbeiten herbeigeführt werden kann, die der Arbeitskraft des Volljuristen nicht bedürfen, für welche vielmehr die Kraft des Rechtspflegers zur Verfügung steht. Die Denkschrift erläutert in einem „Allgemeinen Teil“ die Entfaltung und Entwicklung der Rechtspflegertätigkeit, die Bewährung des Rechtspflegers und die bisherigen Auswirkungen der Entlastungsreform. Sie erörtert sodann die Notwendigkeit des alsbaldigen Ausbaues der Übertragungsmaßnahmen, den Umfang dieses Ausbaues und die Grenzen der Übertragung, und sie widerlegt endlich die gegen einen solchen Ausbau etwa zu erhebenden Bedenken, indem sie hervorhebt, daß bei Aufstellung der Reformvorschläge der Grundfals stets beachtet sei, daß keine Reform, und mag sie zu noch so erstrebenswerten finanziellen Ergebnissen führen, die Rechtssicherheit und die Güte der Rechtspflege gefährden darf. Zum Schluß des „Allgemeinen Teiles“ wird auf die große Bedeutung aufmerksam gemacht, die eine Erweiterung des Entlastungsgesetzes als Schrittmacher der demnächstigen großen Justizreform habe, da die Landesjustizverwaltungen jetzt unter den Sicherungsmaßnahmen des Gesetzes Erfahrungen hinsichtlich der dem Rechtspfleger später endgültig zuzuwendenden Arbeitsgebiete sammeln und ferner ihre Personalpolitik allmählich einer vom Gedanken wirtschaftlicher Betriebsführung getragenen Arbeitsverteilung anpassen könnten.

Im „besonderen Teil“ bringt die Denkschrift zunächst eine übersichtliche Zusammenstellung der gesamten Reformvorschläge, sodann für jedes einzelne Rechtsgebiet eine sorgfältige Begründung und ferner — zur Veranschaulichung und Erleichterung der sachlichen Behandlung — einen Gesetzesentwurf, in welchem die Vorschläge in die Sprache des Gesetzgebers gekleidet sind.

S. Gewerkschaftsbund des Deutschen Beamtenbundes

(Vortragsreihe über Verwaltungsreform)

Der 8. Gewerkschaftsbund des Deutschen Beamtenbundes findet vom 21. bis 24. Oktober 1929 in Berlin in der Deutschen Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie), statt.

Verzeichnis der Vorträge:

- Montag, 21. Oktober, 9.15 bis 10.30: Der Einheitsstaat mit dezentralisierter Selbstverwaltung (Reichsminister a. D. Koch-Meser, M. d. N.). — 11 bis 12.15: Der Föderativstaat (Univ.-Prof. Dr. Dr. Mehl, Kassel). — 12.45 bis 2: Unitarische und föderative Tendenzen in der Geschichte Deutschlands (Univ.-Prof. Dr. Dr. Mehl, M. d. N.).
Dienstag, 22. Oktober, 9 bis 10: Was bedeutet die Schaffung des Einheitsstaates oder die Einrichtung eines Föderativstaates in finanzieller Hinsicht? (Dr. jur. Carl Cremer, M. d. N.). — 10.15 bis 11.15: Die Stellung der Gemeinden im neuen Staat (Präsident des Deutschen Städte- und Landestages Dr. Mulert). — 11.45 bis 12.45: Berufsbeamte und Ehrenbeamte im Dienste der Gemeinden im neuen Staat (Verbandsdirektor Stadtrat a. D. Ehrmann). — 1.15 bis 2: Technische Fragen der Verwaltungsreform (Regierungspräsident Dr. Haugmann, Straßburg).
Mittwoch, 23. Oktober, 9 bis 10.15: Die Mitwirkung der Berufsverbände der Beamtenpolitik innerhalb der öffentlichen Verwaltung als Mittel zu ihrer Vereinfachung (Ministerialdirektor Dr. Falk, Präsident des Bundesamts für das Heimatwesen). — 10.45 bis 11.45: Die Auswirkung der Verwaltungsreform auf die Beamtenpolitik (Oberfeuerinspektor Kögel). — 12 bis 12.45: Die Bedeutung der Neuordnung unseres öffentlichen Schulwesens für die Verwaltungsreform (Schulrat Wolff).
Mittwoch, 23. Oktober, 1.15 bis 2: Die allgemeinen sozialen Auswirkungen der Verwaltungsreform (Regierungsrat Dr. Raueder, Referent bei der Reichszentrale für Heimatdienst).

- Donnerstag, 24. Oktober, 9 bis 9.45: Beamtenfortbildung und Verwaltungsreform (Univ.-Prof. Dr. Dr. Peters, Studiendirektor der Verwaltungsschule Berlin). — 10 bis 10.45: Die Neuordnung des Beamtenrechts im Rahmen der Verwaltungsreform (Dr. Richter, Leiter der Rechtsabteilung des DVB). — 11 bis 11.45: Verwaltungsreform in der Polizei (Polizeipräsident Dr. Baerensprung, Waggdeburg). — 12 bis 12.45: Verwaltungsreform in der Justiz (Reichsminister a. D. Dr. h. c. Schiffer). — 1.15 bis 2: Was bedeutet die Vorbereitung des Anschlusses von Deutschösterreich für die Beamtenpolitik? (Ein österreichischer Beamtenführer).

Zur Teilnahme sind sämtliche Mitglieder der dem DVB angeschlossenen Organisationen berechtigt. Einem vielfach geäußerten Wunsche entsprechend wird gebeten, bei der Entsendung insbesondere auch die jüngere Kollegenschaft zu berücksichtigen. Die Kosten der Teilnahme (Reisekosten, Tagelöhne) hat die entscheidende Organisation zu tragen. Teilnahmegebühren sind nicht zu entrichten, vielmehr trägt die Kosten der Veranstaltung selber der Deutsche Beamtenbund.

10. Jahrestag der Verwaltungs-Akademie Berlin

Die Verwaltungs-Akademie Berlin feiert ihr zehnjähriges Bestehen am Montag, dem 14. Oktober 1929, nachmittags 5.30 Uhr, in der Neuen Aula der Berliner Universität mit einem Festakt. Den Festvortrag hält Univeritätsprofessor Dr. Erich Kaufmann. Im Anschluß daran findet ein Festabend im Kaisersaal des Restaurants „Mörsing“ statt.

wobei nicht immer die Frage der Rentabilität dieser Einrichtungen in den Vordergrund gerückt werden darf. Billige Rohstofftarife für Südwestdeutschland werden dringend gefordert.

Die ungünstige Verkehrs- und Arbeitslage hat auch zur Folge, daß seitens gewisser Unternehmungen immer wieder Erhöhungen gefordert werden wegen Verlegung der Betriebe nach solchen Orten, die verkehrsgeographisch weniger ungünstig liegen als das Seegebiet. Daß uns diese Erhöhungen mit längerer Frist erfüllt werden, dürfte Ihnen verständlich erscheinen.

Dem allgemeinen Wunsche, daß bald eine weitgehende Steuererleichterung eintrete, schließen wir uns hier im Grenzgebiet mit besonderem Nachdruck an. Unter dem Steuerdruck, vor allem unter der Gebäudesteuer, leidet mit am schwersten das Hotelgewerbe. Es wendet sich auch scharf gegen den Achtstundentag, der ihm auferlegt ist, trotzdem in seinen Betrieben Arbeitsbereitschaft in weitem Umfange besteht und betont, daß es in dieser Hinsicht wesentlich schlechter gestellt sei, wie die Betriebe der benachbarten Schweiz, die eine derart eng umgrenzte Achtstundentagsarbeitszeit nicht kennen.

Die Hotelier des Schwarzwaldes verlangen dringend die Bereitstellung billigen Kapitals, das abnormfalls mit dem Eingehen außerordentlich zahlreicher Hotels gerechnet werden muß. Die badische Regierung und die Reichsregierung werden gebeten, hier baldigst einzugreifen, wie es die Schweiz und seit neuerer Zeit auch Frankreich getan haben.

Großen Wert legen wir auf eine weitgehende Zulassung des Veredelungsverkehrs, der für uns an der Grenze heute mehr denn je von Bedeutung ist. Nicht nur, daß durch den aktiven Veredelungsverkehr eine ziemlich erhebliche Zahl von Arbeitskräften bei uns Beschäftigung findet, sondern eine ganze Reihe von Industrien ist auf den Veredelungsverkehr angewiesen, wenn sie nicht kostspielige maschinelle Einrichtungen treffen wollen.

Dem Handel ist unsere Verkehrsentscheidung ebenfalls sehr nachteilig. Das drückt sich dadurch aus, daß wichtige Großhandelsunternehmen in unserem Betrieb sehr dünn gesät sind und sich außerordentlich anstrengen müssen, um ihre Existenz zu behaupten. Eine Ausnahme macht die Firma M. Etromeyer, Lagerhausgesellschaft, die als Kohlen- und Holzhandelsfirma und Reederei weit nach Mitteldeutschland hinein bekannt ist. Daß sie ihren Hauptzweck hier beibehält, ist wohl weniger der Lage von Konstanz als der Anhänglichkeit ihres Leiters, des Herrn Kommerzienrat Dr. W. Stiegeler, an diese Stadt zu danken.

Der Einzelhandel und das Handwerk sind zwar durch die Verkehrsentscheidung direkt weniger betroffen, indirekt müssen sie natürlich ebenfalls die hohen Frachten zahlen und zum Teil unbedeutenderweise den Vorwurf hinnehmen, daß in Konstanz alles außerordentlich teuer sei. Gegen die Genossenschaften hat der Einzelhandel besonders schwer zu kämpfen und sein Verlangen, daß diese freiwillig ihm gegenüber nicht begünstigt werden, muß lebhaft unterstützt werden.

Auch der Kohlen- und Holzhandel ist entschieden gegen eine Erfüllung des Verlangens der Genossenschaften auf bevorzugte Belieferung (sowohl mengen- als qualitätsmäßig) mit Kohlen durch die Syndikate. Daß unser Gebiet bei dieser Verkehrsfrage einen ganz besonders großen Wert auf den Ausbau des Durrertrags als Schiffsahrtsweg legt, brauche ich nicht besonders zu betonen. Wir erwarten von diesem Ausbau einen sehr nachdrücklichen Antriebsimpuls unseres gesamten Wirtschaftslebens, und wir hoffen, daß dieses Verlangen bald seiner Vollenendung entgegengehe.

In dem Vorhergehenden bin ich insbesondere hinsichtlich der Industrie zum Teil schon auf

die Grenzlage unseres Gebietes eingegangen. Ich möchte jetzt noch einige Ausführungen machen hinsichtlich des unmittelbaren Verkehrs über die Grenze. Vor dem Kriege ging hinüber und herüber und zwar zum Vorteil beider Grenzländer ein lebhafter Warenverkehr. Paß und Bäum waren etwas unbekanntes und auch die beiderseitigen Zollbehörden taten in sehr vernünftiger Weise das Möglichste, um diesen gegenseitigen Warenverkehr nicht zu erschweren. Der Krieg brachte nicht nur Paß- und Bäumsweg, sondern auch häufige Reisebeschränkungen, an die wir Grenzbesitzer uns nur mit Schauern erinnern. Ich betone, daß die benachbarte Schweiz hieran keinerlei Schuld trägt, sie stand wie wir unter dem Joch der Kriegsverhältnisse und wir wollen ihr gerade an dieser Stelle nicht verzeihen, daß sie uns im Rahmen des Möglichen wertvolle Hilfe geleistet hat. Mit dem Krieg wurde der Verkehr über die Grenze fast völlig abgebrochen und die lange Dauer dieser Unterbindung hatte naturgemäß auch wirtschaftliche Anlagerungen zur Folge, die sich für uns auf das Nachteiligste auswirkten. Bis dahin war Konstanz bis weit hinein in den Thurgau „die Stadt“, in der man gerne keine Einfäufe tätigte; heute ist das wesentlich anders geworden. Die benachbarten schweizerischen Städte haben sich während des Krieges auf alle Bedürfnisse der schweizerischen Käufer eingestellt und diese haben es kaum mehr nötig, nach Konstanz zu kommen. Der keine Grenzverkehr ist zwar mit großen Anstrengungen wieder einigermaßen in Gang gekommen, jedoch steht der Umfang in keinem Vergleich zu demjenigen der Vorkriegszeit. Während vor dem Kriege wir diejenigen waren, die aus diesem Verkehr vorwiegend Nutzen zogen, dürfte diese Rolle heute auf die Schweiz übergegangen sein. Auf die übrigen oberrheinischen Städte treffen diese Dinge mehr oder weniger ebenfalls zu.

Abfällig kritisiert wird auch in neuester Zeit noch die Art der Passkontrolle in den Jügen. Nach uns verdorbenen Information wird die Kontrolle von einem Gen darmen ausgeübt, als ob es nötig wäre, bei diesem Geschäft unter Umständen mit Waffengewalt einzuschreiten.

Die Verhältnisse, insbesondere für den Kolonialwarenhandel und auch für die Badereien längs der Grenze sind außerordentlich bedenklich geworden. Infolge der niedrigeren Einfuhrzölle der Schweiz auf eine Reihe von Nahrungs- und Genussmitteln — ich erwähne hierbei insbesondere Nahrungsmittel, Tee, Kaffee, Kakao, Zucker — sind dort auch die Preise für diese Artikel wesentlich niedriger als bei uns. Da außerdem gewisse Mengen zollfrei hereingekommen werden dürfen, wird ein erheblicher Teil dieser Dinge von unsern Einzelhändlern. Auch Brot wird sehr viel über die Grenze genommen; hierüber wird insbesondere seitens der Bäcker lebhaft geklagt u. a. auch unter Hinweis auf das Nachbavordot, das in der benachbarten Schweiz nicht besteht. Die Lösung der Frage ist sehr schwierig, vielleicht läßt sich eine gewisse Besserung dadurch schaffen, daß die Grenze für die Zollfreiheit wieder von 10 km auf den früheren Betrag von 5 km herabgesetzt wird.

Die Gefahr dieser Bauernpolitik liegt darin, daß die einzelne Wirtschaft zu sehr dazu geführt wird, auf einzelne Kulturen ihren Hauptwert zu legen, bei deren Mislingen in einem Jahre die Wirtschaft besonders notleidet. Diese Gefahr wird aber nicht umgangen werden können. Wie alle andere Berufsgruppe muß sich auch die Landwirtschaft weitgehend spezialisieren, nur damit kann den hohen Ansprüchen an Qualität, die heute von der Verbraucherseite gestellt werden, Genüge geleistet werden.

Solche Wirtschaften werden naturgemäß ganz besonders empfindlich auf die Marktlage reagieren. Als Beispiel sei der Hopfenbau genannt, dem in diesem Jahre für sein Produkt 20 M je Zentner geboten werden, ein Preis, für den es nicht möglich ist, auch nur den Hopfen pflücken zu lassen.

Wir wirtlich nun die vorhin schon erwähnte geographische Lage des Landes von Norden nach Süden deswegen besonders schwerwiegend aus, weil hier die Landesgrenze nunmehr auch Reichsgrenze geworden ist. Kommt hinzu, daß auch die Südgrenze nach der Schweiz Reichsgrenze bildet. Man könnte einwenden, daß die Abfahrlage für Baden insofern nicht ungünstig sei, als zwischen den Erzeugergebieten immer wieder Verbrauchszentren eingeprengt liegen. Dies wäre insofern richtig, wenn oder soweit die badische Landwirtschaft nur eben den badischen Bedarf decken würde. Da sie aber, man darf wohl sagen, Gott sei Dank, darüber hinaus erhebliche Mengen produziert, erlangen diese Umstände besondere Bedeutung, zumal wir durch den Verlust der Garnisonen in Baden erhebliche Absatzmöglichkeiten innerbadisch verloren haben.

Bei der Besichtigung des Acker Brückentopfbereiches wird der Reichsrat eine Gegen lernen lernen, die früher fast ausschließlich nach dem Elsaß ihre Produkte absetzte. Straßburg ist in weitgehendem Maße von Baden mit Gemüse, Frühkartoffeln und Obst, sowie mit Milch und Fleisch versorgt worden. Heute geht kein Krauttopf mehr über den Rhein. Darüber hinaus hat die Straßburger Industrie in großem Ausmaß badische Produkte übernommen, so wurde Brauerei und Hopfen von den elsässischen Brauereien und Mälzereien abgenommen, wurden weiter von der Kaiserlichen Tabakmanufaktur erhebliche Mengen Tabaks, der gerade in der dortigen Gegend gebaut wird, aufgekauft.

Im ein anderes Beispiel zu nennen, so war die Gegend um Mülhausen und Colmar ein starker Abnehmer der badischen Landwirtschaft, vor allem die gegenüberliegende badische Landwirtschaft, das sogenannte Markgräflerland, lieferte dort hin, es sei nur an den regen Absatz von Ferkeln erinnert. Heute ist der Markt in Mülhausen, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege, vollkommen verödet.

Aber auch ganz andere Kulturen, um einmal nicht bäuerliche zu nennen, haben durch die Verschiebung der Abfahrlage außerordentlich gelitten. So gingen früher 65 Proz. des badischen Holzes nach dem Elsaß, dem Saargebiet und Luxemburg. Heute ist dieser Absatz gleich Null geworden. Einmal ist es die französische Zollpolitik, die die Sölger aus den Osttaaten, insbesondere aus Polen und der Tschechoslowakei stark begünstigt, weiter aber auch

die Tarifpolitik, die diese Absatzverschiebung herbeigeführt hat. Im schließlich noch einen letzten Zweig zu nennen, der unter dieser neuen Marktlage stark leidet, so sei an die Eichenhölzwerke erinnert, die an sich für ihr Produkt Eichenhölzchen vermöge der Fortschritte auf dem chemischen Gebiet schon sehr schwer leidet. Auch sie hat starke Abnehmer durch den Verlust des Elsaß verloren.

Es ist selbstverständlich, daß auch die badische Landwirtschaft versucht hat, diesen Dingen entgegenzuwirken. Hierzu ist in erster Linie eine Umstellung notwendig. Eine solche Umstellung ist aber in einer Zeit der Weltmarktkrise sehr schwer, wenn sie den Einbruch in fremde Märkte mit sich bringt. Auch hier wirtlich sich wieder die Grenzlage Badens besonders schwer aus. So ist gerade bei den bäuerlichen Produkten wie Gemüse und Obst, Baden als Einfuhrort für die aus Südfrankreich und Italien kommende Ware, deren Preisdruck besonders ausgeprägt ist, weiter drängt die schweizerische Milchwirtschaft über die Grenze mit ihren Produkten herein.

Aber auch ganz abgesehen von diesen Schwierigkeiten, begegnet eine solche Umstellung großen finanziellen Schwierigkeiten. Es ist weiter oben schon von der Schwierigkeit der Zinsaufbringung im bäuerlichen Betrieb hingewiesen worden. Diese Umstellungen erfordern aber neue Kapitalinvestitionen, ohne daß irgendwelche Reserve heute hierfür vorhanden wäre, sie müßten also in erster Linie mit Leihkapital ausgeführt werden. Gleichgültig, ob die Kolonialwaren im Acker Gebiet von einem leicht verkehrlichen Herbstfeld auf einen halbjährigen Wintertopf übergehen, zu dessen Überwinterung sie Kohlenanlagen benötigen, oder ob ein Gemüsebaubetrieb sich Treibhausanlagen errichten will, gleichgültig, ob ein Frischmilchgebiet in ein Wertmilchgebiet überführt werden soll, wozu die Errichtung von Verarbeitungsmolkereien oder Rahmstationen notwendig werden, oder ob schließlich Eichenhölzchen in Hochwald überführt wird, wozu große Kulturkosten und langjähriger Ertragsausfall kommen, immer wird die Frage der Rentabilität durch die Zinsen für das Leihkapital in hohem Maße beeinflusst.

Bei dieser Frage der Umstellung spielt aber das eingangs erwähnte zweite, für die badische Landwirtschaft besonders charakteristische Moment noch eine Rolle, nämlich die Vielheit der badischen Bauern. Es verhält sich wohl so selbst, daß es leichter ist, die Wirtschaft eines Landes, in dem einige Tausend Betriebsleiter wirtschaften, umzustellen, als diese Umstellung bei 250 000 Bauern vorzunehmen. Und selbst wenn man die überwiegende Mehrzahl derselben für die Umstellung gewinnt, so wird eine geringe Zahl, die auf dem alten System beharrt, in der Lage sein, durch die mindere Qualität, die sie auf den Markt bringt, diesen in Unordnung zu bringen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Umkirch a. R. wurde der bisherige Bürgermeister Wilhelm Girsle mit 833 von 843 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister wiedergewählt. In Windischlag wurde der bisherige Bürgermeister Immanuel mit 415 Stimmen von 633 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, der Landwirt Karl Friedrich Broke, erhielt 207 Stimmen.

Kraftwagenverbindung Heidelberg—Wiesloch. Die Verhandlungen der Stadtverwaltung Wiesloch mit der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG. über die Errichtung einer Kraftwagenverbindung zwischen Heidelberg und Wiesloch sind abgeschlossen. Voraussichtlich Anfang Oktober werden die hellblauen Omnibusse zwischen Heidelberg und Wiesloch verkehren.

Heidelberg Fremdenverkehr. Im August dieses Jahres übernachteten in Heidelberg 42 077 Fremde (39 483 im gleichen Monat des Vorjahres). Davon waren 12 806 (11 078) Ausländer. Von diesen kamen aus Nordamerika 5990 (6135), aus dem übrigen Amerika 166 (174), England 2564 (1589), Niederlande 1796 (1124). Die Zahl der bis Ende August in diesem Jahr gezählten Fremden in Heidelberg beträgt 170 953 (171 751), davon 35 897 (32 515) aus dem Auslande.

wirkung der Sonntagsruhe und des Achtstundentages im Grenzgebiet wohl kaum eine zureichende Vorstellung macht. Eine Frage, die gleichfalls mehr oder weniger alle Gewerbezweige betrifft, ist die der Doppelbesteuerung. Ein deutscher Unternehmer, der in dem benachbarten Thurgau eine Niederlassung unterhält, muß das dort erzielte Einkommen nicht nur in der Schweiz versteuern, sondern überdies auch noch in Deutschland. Es sind zwar hierin in neuester Zeit gewisse Erleichterungen eingetreten, wir meinen aber, daß es möglich sein sollte, diese Doppelbesteuerung ganz zu beseitigen.

Nun fällt mir noch die Aufgabe zu, für den Bezirk der Schwarzwälder Handelskammer in Sillingen, die keine Gelegenheit hat, selbst zum Wort zu kommen, einiges zu sagen. Bei der Industrie im Bezirk der Schwarzwälder Handelskammer handelt es sich vorwiegend um eine Spezialindustrie und zwar diejenige der Feinmechanik, vor allem der Uhrenindustrie. Daß dort die Verhältnisse außerordentlich schwierig liegen, dürfte Ihnen bekannt sein; ich möchte mich also darauf beschränken, das wörtlich wiederzugeben, was die genannte Handelskammer mir schriftlich mitgeteilt hat:

„Durch die von den Vereinigten Staaten von Amerika geplanten Zolltarifänderungen wird der deutschen Uhrenindustrie, deren Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten durch die derzeitigen hohen Zölle in manchen Uhrensorten überhaupt unmöglich ist, ein weiterer Schaden zugefügt. Betroffen ist auch die Taxameterindustrie, da zur Zeit wegen der geplanten Zolltarifänderungen Geschäfte überhaupt nicht abgeschlossen werden. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Reichsregierung ungehindert und mit Nachdruck sich den Vorstellungen anschließt, die eine große Zahl von anderen Ländern wegen der in Aussicht genommenen amerikanischen Tarifserhöhungen bereits in Washington erhoben hat. Die Reichsregierung übt gegenüber der rücksichtslosen Zollpolitik der Vereinigten Staaten eine Jurisdiktion, die nicht verständlich ist.“

Ich komme zum Schluß und möchte zusammenfassend kurz sagen: Wir im Grenzgebiet wissen sehr wohl, daß hier gewisse Dinge unabänderlich sind. Was wir wollen ist, daß man im Reiche die uns aus der Grenzlage und aus der verkehrsmäßig erschwerten Lage erwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Räte kennt und würdigt und uns im Rahmen des Möglichen die Hilfe zuteil werden läßt, die uns nützt, damit wir nicht verkommen.

Die Stadt Konstanz und das Arbeitsgebiet der Handelskammer sind zwar Grenzland, sie sind darum und vielleicht gerade darum nicht weniger gut und treu deutsch gesinnt, als irgend ein anderes. Dieses Grenzland darf mit Recht den Schutz der Mutter Germania beanspruchen, wenn es vielleicht auch ein wenig Sorgenkind ist. Sorgenkinder, heißt es, sollen die liebsten Kinder sein. Daß dieser bezugsintensivere Spruch auch an uns wahr werde, das hoffen wir zusehends.

Dr. von Engelberg

Geschäftsführender Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer:

Die badische Landwirtschaft ist durch zwei Momente besonders charakterisiert und beeinflusst, das eine ist die geographische, klimatische Lage, das andere ist die dichte Besiedelung des Landes auch außerhalb der Städte.

Die klimatische Verschiedenheit charakterisiert sich in erster Linie dadurch, daß auf einem so kleinen Raum, wie dem Lande Baden, einestells die sommerwärmsten Gebiete des Reiches liegen, andererseits Strecken, die zu den kältesten des Reiches gehören; daß ferner Baden einestells mit die regenarmsten Gegenden des Reiches einschließt und andererseits wieder solche, die die höchsten Niederschlagsmengen des Reiches aufweisen. So kommt es, daß Teile des Landes in der Maisbaugzone, andere über der Getreidezone liegen, daß einzelne Teile des Landes mit das früheste Frühjahr, andere mit das späteste haben.

Es ist einleuchtend, daß bei einem Betriebszweig, der so wie die Landwirtschaft von Klima und Boden abhängig ist, derartige Verschiedenheiten außerordentlich starken Einfluß auf die Betriebsweise haben. So sehen wir auch einestells in der Rheinebene Gegenden, in denen ausgesprochene südbliche Kulturen betrieben werden, wie Weinbau, Maisbau, Tabakbau und wieder andere, die eine Waldwirtschaft nicht mal mehr ermöglichen, und nur extensiven Viehbetrieb während weniger Wochen im Jahre gestatten.

Das zweite Moment ist vor allem ersichtlich aus folgenden Zahlen. Rund 1 Million Hektar werden von über 250 000 Bauern bewirtschaftet. Das bedeutet, daß auf einen Landwirt nur etwa 4 Hektar bewirtschafteter Fläche im Durchschnitt kommen. Bedeutet man, daß große Teile dieser Fläche aber in sehr viel größeren komplexen bewirtschaftet werden, so sinkt die Hektarzahl bewirtschafteter Fläche noch bedeutend unter diese 4 Hektar. Tatsächlich bewirtschaften etwa 150 000 Betriebe eine Fläche unter 2 Hektar und weitere 60 000 Betriebe eine solche zwischen 2 und 5 Hektar. Nahezu 55 Proz. aller Betriebe bewirtschaften so eine Landfläche unter 5 Hektar.

Von besonderem Interesse ist nun zu untersuchen, in welcher Korrelation diese beiden genannten Momente klimatische Verschiedenheit und dichte Besiedelung andererseits zueinander stehen, und da zeigt es sich, daß diese Korrelation eine außerordentlich enge ist, derart nämlich, daß überall da, wo klimatisch günstige Verhältnisse vorliegen, wir eine außerordentlich dichte Besiedelung finden, und umgekehrt dort, wo die klimatischen Verhältnisse für den Unterhalt einer Familie eine größere Fläche des Landes beanspruchen, wo also die sogenannte Adernahrung eine größere Fläche einnimmt, eine sehr viel dünnere Besiedelung, die schließlich bis zur Unbewohnbarkeit auf dem Hochschneegebirge führt. Diese kleinsten Betriebe, die sich also insbesondere in der Rheinebene finden, stellen sehr häufig gar keine eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebe mehr dar, sondern werden von Leuten bewirtschaftet, die nebsther in Industrie oder Gewerbe ihren Unterhalt verdienen. Man könnte nun soziologischem Standpunkt aus dies besonders begrüßen, wenn nicht eine so große Fläche des Landes auf diese Weise einer richtigen landwirtschaftlichen Nutzung entzogen würde.

Aus dem Gesagten geht deutlich hervor, daß eine Wirtschaftspolitik in der badischen Landwirtschaft in erster Linie Bauernpolitik sein muß, nur bei einzelnen Kulturen wie zum Beispiel bei Wald, wird sie hier von abweichen müssen, im übrigen wird sie sich darauf beschränken, die wenigen heute noch in Baden vorhandenen Großbetriebe zu erhalten, die vor allem als Mutterbetriebe dem landwirtschaftlichen Fortschritt dienen.

Diese Bauernpolitik wird nun vor allem darin bestehen, Betriebszweige, die vorwiegend bäuerlich sind, zu fördern. Dies ist einmal die Fleischwirtschaft, dann aber auch die Sonderkulturen, wie Gemüsebau, Obstbau, Hopfenbau, Weinbau, Tabakbau usw.

Diese Politik wird sich weiter zum Ziele machen müssen, der bäuerlichen Wirtschaft vor allem Geldquellen zu erschließen. Der Bargeldmangel in der bäuerlichen Wirtschaft ist eine der größten Schwierigkeiten für die bäuerliche Wirtschaft überhaupt. Dies zeigt sich vor allem auch bei der Kreditpolitik, wo es der Unternehmung bedarf, welchen Prozentsatz vom Darlehenszins die Zinsen im Bauernbetrieb ausmachen, gegenüber dem Großbetriebe, wenn man einen Vergleich zwischen der Verschuldung bäuerlicher Wirtschaften und landwirtschaftlicher Großbetriebe anstellen will.

Badischer Teil

Wann werden die „Sturmabteilungen“ der Nationalsozialisten verboten?

Auf diese wiederholt gestellte Anfrage teilt der Minister des Innern in Karlsruhe folgendes mit:

Eine Rechtsgrundlage zum Erlaß eines solchen Verbots fehlt. Das vom Reichstag aufgehobene Gesetz zum Schutz der Republik bot eine solche Grundlage. Solange den Nationalsozialisten nicht nachgewiesen werden kann, daß sie mit Waffen ausgerüstet die öffentliche Sicherheit gefährden, läßt sich gegen sie mit den ordentlichen Gesetzen nicht vorgehen. In der letzten Zeit haben Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zwar ein recht unmanierliches Benehmen gegen politisch Andersdenkende an den Tag gelegt, meist aber in ihren eigenen Versammlungen, die zu besuchen ja niemand verpflichtet ist. Erst wenn sich etwa Vorfälle wiederholten, wie sie vor einigen Monaten in der Holz-Versammlung zutage traten, wäre die Zeit gekommen, wo, gestützt auf § 30 des RStGG, mittels eines Verbots gegen die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten vorgegangen werden könnte. Wer in dieser Richtung Angaben zu machen imstande ist, kann sie bei den Staatspolizeibehörden anbringen. — Diese Antwort erfolgt auf eine direkt in der „Freiburger Tagespost“ vom 23. d. Mis. an mich gestellte diesbezügliche Anfrage.

Baubeginn des Rheinkraftwerkes Dogern

Die Bauleitung des Rheinkraftwerkes AG, Albrund-Dogern wurde H. E. Gerner übertragen, der bisher neben den Maschinenfabriken Escher-Wyß u. Cie. in Zürich Konzeptions-Inhaber für die auszubauende Rheinstraße Eisenbahnbrücke Koblenz bis Waldshut war. Der Bau soll sofort in Angriff genommen werden. Zum technischen Direktor wurde Baurat Frege ernannt.

Aus der Landeshauptstadt

Gegen lärmende und rauchende Kraftfahrzeuge. In der Zeit vom 15. August bis 15. September 1929 wurden von der uniformierten Polizei in Karlsruhe 175 Führer von Kraftfahrzeugen, und zwar in der Hauptsache Motorradfahrer, allein wegen Mankens oder wegen belästigenden Qualmens angezeigt bzw. gebührenschriftlich verwahrt.

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE
Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
Randsteine, Leistensteine, Säurebeständige u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,
Mauersteine

Werkplätze — 250 Arbeiter

Öffentl. Sparkasse Waldkirch i. Br.

Städtische Sparkasse (gegründet 1855)

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
1. Kassenbestand	36 490,52	1. Guthaben der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkamt	185 012,63	a) Sparteinlagen	1 816 522,44
3. Wechsel	127 484,37	b) Giroeinlagen	214 767,31
4. Darlehen geg. Hypothek	977 875,—	2. Aufwertungsspar-einlagen	2 031 289,75
5. Darl. a. Gemeinden usw.	282 246,97	3. Anleihenkapitalien (Reichsschulden)	1 231 181,78
6. Grundstückaufgelde	700,—	4. Rücklagen:	
7. Darlehen gegen Kaufpfand	1 380,—	a) von früheren Jahren	70 172,48
8. Darlehen auf Schuldschein geg. Bürgschaft	37 390,95	b) Reingewinn vom Jahre 1928	31 573,30
9. Darlehen in laufender Rechnung	619 258,50		
10. Aufwertungsfor-derungen	766 248,80		
11. Aufwertungsverrech-nungskonto	338 547,01		
12. Einnahmerückstände	52 246,13		
13. Grundstücke u. Gebäude:			
a) Verwaltungsgebäude	1,—		
b) sonstige Gebäude	8 965,38		
14. Gerätschaften	5 370,15		
Summe	3 439 217,31	Summe	3 439 217,31

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 2 031 289,75 RM Einlagen	101 564,48 RM
Sie beträgt auf Jahresrück-lage	101 745,78 RM
Rückzahl	181,30 RM

Waldkirch i. Br., den 10. September 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Eberle, Bürgermeister.

Die Geschäftsleitung:
Straub, Vöhrer,
Verwalter. Kontrolleur.

Neue Wohlfahrtsbriefmarken. Zur Bekämpfung der noch immer bestehenden großen Notstände in weitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch unter den Kindern, wird die Reichspostverwaltung neue Wohlfahrtsbriefmarken zugunsten der Deutschen Rotkreuz zur Ausgabe bringen. In geeigneter Weise sollen die Schulen auf die Zwecke und Erfolgsmöglichkeiten der Wohlfahrtsbriefmarken aufmerksam gemacht und Lehrer und Schüler für die Briefmarken interessiert werden. Ein Vertrieb der Marken in der Schule und durch Schüler ist nicht zulässig. Der Erlös aus den Wohlfahrtsbriefmarken soll in diesem Jahr ausschließlich der Kräftigung der Jugend zugute kommen.

Das Reichskursbuch. Die erste Winterausgabe des von der Reichspost und Reichsbahn herausgegebenen Reichskursbuches mit den am 6. Oktober in Kraft tretenden Winterfahrplänen wird in der gewohnten Ausstattung in den letzten Tagen des September neu erscheinen.

Die Autofahrtsstraßen nach Karlsruhe sind „sehr gut“. Im Sommer dieses Jahres sind in einer heftigen Tageszeitung aufgeregt Artikel über „Karlsruhe als Fremdenjäger“ erschienen, die die angeblich „miserablen Zufahrtsstraßen“ unserer Stadt als wenig einladend für die Automobilisten gezeichnet. In einem der Artikel stand wörtlich der Satz zu lesen: „Es dürfte kaum eine Hauptstadt von gleicher Bedeutung in Deutschland geben, die nur annähernd so schlechte Zufahrtsstraßen aufweist wie Karlsruhe“. Irgendein Echo fanden diese Worte damals nicht, wohl deshalb, weil die übertriebene Art der Kritik in allen Kreisen, gelinde gesagt, Befremden erregt hatte. Nun ist es — so wird uns geschrieben — interessant zu sehen, daß der ADAC-Strahndienst auf Karte Nr. 2, Stand 1. September dieses Jahres, die Karlsruher Zufahrtsstraßen durchweg als „sehr gut“ und „in allen Geschwindigkeitsstufen befahrbar“ bezeichnet, in striktem Gegensatz zu den oben angeführten Beschuldigungen. Dieses Urteil trifft für die Straßen in sämtlichen Richtungen zu. Nebenbei sei bemerkt, daß die Nachbarstädte in östlicher Richtung bedeutend schlechtere „Nuten“ haben. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß dieser gute Zustand der Zufahrtsstraßen nach Karlsruhe erst in den letzten drei Monaten geschaffen wurde, weshalb auf den erwähnten Artikel nicht weiter mehr eingegangen ist.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Aufklärung hat sich gestern auch in unserem Gebiete durchgesetzt, so daß heute früh allenthalben wolkenloses Wetter herrscht. Nachts war es infolge Ausstrahlung sehr kühl (Mehrwert 5 Grad), auf dem Hochschwarzwald wurde erstmalig in diesem Herbst Null Grad erreicht. Der auf über 775 Millimeter verstärkte Kern des Hochschwarzwaldgebietes liegt heute zentral über Mitteleuropa; unter seinem Einfluß werden wir voraussichtlich mehrere Tage heiteres und trockenes Herbstwetter behalten. Wetterausblick: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters bei östlichen Winden, nachts ziemlich kühl, am Tage wärmer.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ob. Endingen, a. R., 25. Sept. Am Kaiserstuhl, in Miesel, Bahlingen, Eichtetten und Böhlingen beginnt die Weinlese am Donnerstag, den 26. September. Da die Burgeln der Reben nicht erdoren sind, ist das Ertragnis gut. In dem einen oder andern Weinstück sind aber die Stöcke bis zur Hälfte der Winterlücke zum Opfer gefallen.

Ob. Saagen (Am Rorschach), 24. Sept. Hier starb im hohen Alter der Altbürgermeister der Gemeinde, Karl Müller, der 44 Jahre lang die Geschicke der Gemeinde als Bürgermeister lenkte, bis die Gebrechen des Alters ihn zwangen, von diesem Posten zurückzutreten. Wegen seiner Verdienste um die Entwicklung der Gemeinde Saagen ernannte ihn diese zum Ehrenbürger.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	25 September	26 September	27 September
Amsterdam 100 G.	168,22	168,56	168,22
Kopenhagen 100 Kr.	111,72	111,94	111,70
Italien . . . 100 L.	21,945	21,985	21,945
London . . . 1 Pfd.	20,338	20,378	20,377
New York . . . 1 D.	4,1935	4,2015	4,196
Paris . . . 100 Fr.	16,415	16,455	16,42
Schweiz . . . 100 Fr.	80,81	81,01	81,03
Wien 100 Schilling	58,96	59,10	59,10
Wrag . . . 100 Kr.	12,423	12,443	12,446

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um 1/8 Proz. auf 7 1/2 Proz. erhöht worden.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Sept. sind in der dritten Septemberwoche an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen 22,3 Mill. Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 209,5 Mill. Reichsmark auf 4 202,0 Mill. Reichsmark, und der Umlauf an Rentenbanknoten um 12,5 Mill. Reichsmark auf 390,4 Mill. Reichsmark vermindert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 9,5 Millionen auf 2 518,6 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen sind die Goldbestände um 5,7 Mill. Reichsmark auf 2 192,0 Mill. Reichsmark, und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 2,8 Mill. Reichsmark auf 326,6 Mill. Reichsmark angewachsen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug sich von 49,6 Proz. in der Vorwoche auf 52,2 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähigen Devisen von 58,9 Proz. auf 59,9 Proz.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der

Karlsruher Zeitung

Möbel

Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 762

Stellenausschreiben!

Wegen Wahl eines Verbandsleiters zum Geschäftsleiter einer Sparkasse ist bei der Verbandsdirektion des Badischen Sparkassen- und Giroverbands sofort die Stelle eines Revisionsbeamten zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf die Dauer eines Jahres. Besoldungsregelung erfolgt unter Berücksichtigung der Vorbildung und bisherigen Diensttätigkeit. Es kommt nur eine erste Kraft in Frage. Bedingung ist gute Kenntnis des Verwaltungs- und Rechnungswesens öffentlicher Körperschaften, der für den öffentlichen Revisionsdienst — hauptsächlich der Sparkassen — einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sowie der Bank-, Sparkassen- und insbesondere der Revisionsrechn. Vererber, welche diese Befähigung durch gute Prüfungsergebnisse zu belegen imstande sind, erhalten den Vorzug. Die Bewerbungen wollen bis 30. September 1929 unter Angabe der Gehaltsansprüche und unter Anschluß eines Lebenslaufes hierher eingereicht werden. P. 805
Mannheim, den 17. September 1929.

Der Verbandsvorsitzende:
Dr. Gugelmeier, Präsident.

Karlsruhe. P. 546
Güterrechtsregisteramt
1. Zu Band I Seite 289:
Kreier August, Fabrikarbeiter, Karlsruhe, und Anna geb. Morgenstern. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. 12. 9. 29.

2. Seite 290: Perle Friedrich, Schneidermeister, Karlsruhe, und Friederike geb. Kofschewski.

Vertrag vom 8. Juni 1904. Gütertrennung. 12. 9. 29. Amtsgericht Karlsruhe.

P. 547. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Weidhardt & Sohn, Großhandlung, offene Handelsgesellschaft in Karlsruhe, Adlerstr. 26, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 10. Sept. 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

P. 563. Schönau (Schw.), über das Vermögen der Ida Müller, Witwe des Konditormeisters Ludwig Müller, geb. Albrecht, in Tobnau, wurde heute vormittag 12 Uhr das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkursgesetzes eröffnet. Als Vertrauensperson wurde der Kaufmann Julius Hjal in Tobnau ernannt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf Samstag, 19. Oktober 1929, vormittags 10 Uhr, in den Rathhaussaal in Schönau. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und seine Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen ist auf der unterzeichneten Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Schönau (Schwarzwald), 20. September 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

COLOSSEUM

TÄGLICH 8 UHR

GASTSPIEL

„Komm zu mir“

Im Konzerthaus:
Zum erstenmal.
Das Geld auf der Straße,
No. 30. IX.
1. Sinfoniekonzert

Feuerwehrschlauchwagen

Spritzenwagen

Leichenwagen

3 verschiedene neue Leichenwagen

sind preiswert abzugeben

Offerte u. Photographie kostenlos 358

JOSEF GUNZ,

Wagenbauanstalt (gegr. 1879)

Achern (Baden)

Detektiv - Institut u. Privat-Muskantel

„Argus“ Mannheim

0 6, 6 Planken

Selbstanzuschluß 33965

A. Maier & Co., G.m.b.H.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 26. September

*D 2 (Donnerstagnacht)

Th.-Gen. 1501—1550 —

3. G.-Gr. I. Hälfte

Der Marsch auf Rom

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Bertram, Frauenorchester,

Quafer, Brand, Gemmet,

Graf, Herz, Hier, Höder,

Just, Kienischer, Koeble,

Müller, Präter, Schulze,

o. d. Trend

Anfang 19 1/2 Ende n. 22

Preise A 0,70—5,00 RM

Fr. 27. IX. 1001 Nacht

So. 28. IX. Faust 2. Teil

So. 29. IX. Neu einstudiert

Der Ring des Nibelungen,

Zweiter Tag: Siegfried

Im Konzerthaus:

Zum erstenmal.

Das Geld auf der Straße,

No. 30. IX.

1. Sinfoniekonzert